

# **Diskussionsveranstaltung „Migrations- und Flüchtlingspolitik“**

**mit der Bundestagsabgeordneten Daniela  
Wagner**

**am 06.03.2013 um 20 Uhr im Badhaus in Dieburg**

Die Situation vieler Flüchtlinge in Deutschland ist mehr als besorgniserregend. Die Bundesregierung verschärft die Lebensumstände vieler Asylsuchender durch Gesetzgebung und Verordnungen, die zum Teil erheblich gegen die Grundrechte verstoßen. Dagegen wehrt sich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen und fordert die Abschaffung von Residenzpflicht, des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Arbeitsverbotes der Asylsuchenden in Deutschland.

Mit der Residenzpflicht gibt es in Deutschland ein „einzigartiges“ System der Aufenthaltsbeschränkung. Diese greift tief in die Rechte der Flüchtlinge ein und verhindert sowohl Integration in als auch Partizipation am Gemeinwesen. Weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit bringt die von den Bundesländern zu verantwortende Flüchtlingsunterbringung. Für die Dauer des Asylverfahrens werden die Schutzsuchenden einem Bundesland zugewiesen, und in sog. „Erstaufnahmeeinrichtung“ untergebracht. Oftmals liegen die Unterkünfte fernab jeglicher Infrastruktur und sind in erbärmlichem baulichem Zustand. Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern und Kulturkreisen leben auf engstem Raum und unter schwierigsten, z.T. menschenunwürdigen Bedingungen zusammen. Die rot-grüne Koalition im Kreistag Darmstadt-Dieburg hatte diesbezüglich bereits im Oktober 2012 eine Konzeption beantragt, das die

Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach einheitlichen Eckpunkten regeln und den Schwerpunkt auf die sozialen Betreuung der Flüchtlinge legen soll.

Ähnlich wie die Residenzpflicht ist auch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ein schwerer Einschnitt in die Menschenrechte, die für jede und jeden gelten sollten und sich weder an der Nationalität, der Religion oder gar dem Aufenthaltsstatus orientieren dürfen. Das AsylbLG wurde im Sommer vom Bundesverfassungsgericht gekippt, weil eine Unterscheidung zwischen Deutschen, geduldeten Migratinnen und Migranten und Asylsuchenden nicht dem Grundgesetz entspricht. Das AsylbLG sieht Unterstützung der Asylsuchenden vor, die jedoch unterhalb des Existenzminimums liegen und sich erheblich vom SGB II-Regelsatz unterscheidet. Bei der Nachbesserung des Gesetzes versucht nun Innenminister Friedrich, zwischen „richtigen“ und „falschen“ Flüchtlingen zu unterscheiden. Auch das Arbeitsverbot für Flüchtlinge kritisiert die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen scharf und fordert ebenfalls dessen Abschaffung.

Über Migrations- und Flüchtlingspolitik, aber auch über die konkrete Situation vor Ort in Dieburg, spricht die Bundestagsabgeordnete Daniela Wagner am 06.03.2013, 20 Uhr im Restaurant Badhaus in Dieburg, Badgasse 10, Nebenraum 1. Stock. Angefragt für diesen Abend sind außerdem der Sprecher der AG Integration wie auch der Kreisausländerbeirat.